

SoVD LV Schleswig-Holstein e.V.: Muhliusstr. 87 · 24103 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Wirtschaftsausschuss
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel**

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/2737

Abteilung Sozialpolitik

Tel. (0431) 98388-0

Fax (0431) 98388-72

Ansprechpartner: Herr Schultz

Durchwahl (0431) 98388-70

E-Mail: sozialpolitik@sovd-sh.de

12.08.2019

CS

Misstände in der Paketbranche beseitigen - Antrag der Fraktion der SPD (Drucksache 19/1444)

Soziale Marktwirtschaft sichern, vor sozialen Misständen schützen - Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (Drucksache 19/1481)

Stellungnahme des SoVD Schleswig-Holstein

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 04.07.2019 mit der Einladung, eine Stellungnahme in oben genannter Angelegenheit abzugeben.

Der SoVD Schleswig-Holstein vertritt die Interessen von mehr als 150.000 Menschen im Land. Unsere Sozialberatung wird in erster Linie von Bürgerinnen und Bürgern aufgesucht, die aufgrund von langfristigen Erkrankungen auch finanzielle Probleme durchstehen müssen. Aus zahllosen Gesprächen mit unseren Mitgliedern wissen wir, wie stark sich Stress und schlechte Arbeitsbedingungen auch auf die Gesundheit auswirken. Fallen dazu noch Lücken in der Sozialversicherung an, drohen den Betroffenen drastische finanzielle Einbußen.

Aus diesem Grund begrüßen wir ausdrücklich den Antrag der SPD-Fraktion. Dieser zielt darauf ab, die jeweiligen Auftraggeber für Vergehen von Subunternehmern in der Zustellbranche in die Haftung zu nehmen.

Große Unternehmen haben in den vergangenen Jahren massiv von der Ausweitung des Online-Handels profitiert. Die Paketbranche boomt. Nur wenn diese mächtigen Paketdienste unmittelbar für die Misstände der von ihnen beauftragten Subunternehmern haftbar gemacht werden, ist mit einer wirklichen Verbesserung der aktuellen Lage zu rechnen.

Selbstverständlich stimmen wir auch mit dem Tenor des Alternativantrags der Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis'90/Die Grünen überein: Die bereits geltenden Gesetze müssen

eingehalten werden. Dies sei nur dann zu erreichen, wenn die entsprechenden Behörden personell und sachlich adäquat ausgestattet sind.

Mit der Schlussfolgerung des Antrags gehen wir allerdings nicht konform: „Bevor neue Gesetze geschaffen werden, gilt es bestehendes Recht auszuschöpfen“, heißt es am Ende des Antrags.

Die Situation in der Auslieferer-Branche ist in Teilen prekär. Wären die bestehenden Gesetze ausreichend, wäre es nicht zu dieser für die betroffenen Fahrerinnen und Fahrer gefährlichen Situation gekommen. Daher wird die Branche nur auf einen sozial verträglichen Weg finden, wenn die großen Auftraggeber in die Haftung genommen werden.

Der Sozialverband Schleswig-Holstein fordert die Landesregierung ausdrücklich auf, sich im Bundesrat für die Nachunternehmerhaftung in der Zustellbranche einzusetzen.

Bei Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'C. Schultz'. The signature is written in a cursive, somewhat stylized font.

i.a. Christian Schultz
Abteilung Sozialpolitik